

Wöchentlich 65 Bl., monatlich 1,60 M. im voraus zahlbar. Postbezug 4,32 M. einschließlich 60 Pfg. Postgebühren und 72 Pfg. Postbefreiungsbühren. Auslandsabonnentent 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Wochenbeilagen für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, „Illustrierte Beilagen“, „Hoff und Zeit“ und „Kinderfreund“, „Fremder Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Lehrling“, „Bild in die Bücherwelt“ und „Jugend-Vorwärts“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Kompensationsfrage 40 Pfennig. Restante 5.— Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das letzte gedruckte Wort 25 Pfennig (zuletzt zwei gedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Streifenbeleg das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Reichsmark 40 Pfennig. Sammlungspreis 40 Pfennig. Einzelgenahme in Hauptausgabe 40 Pfennig. 2. wöchentlich von 6/2 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Tdnhoff 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 2

## Konferenz in der Schweiz.

### Zusammentritt in vier Wochen. — Die Besprechung Stresemann-Poincaré.

V. Sch. Paris, 19. Juni. (Eigenbericht.)

Der politische Ertrag des kaum eintägigen Aufenthalts Stresemanns in Paris scheint recht erfreulich zu sein. Trotdem die Aussprache mit Poincaré nur etwa ¼ Stunden dauerte, weil er und Briand zu der angesehenen gemeinschaftlichen Sitzung des Auswärtigen und des Finanzausschusses eilen mußten, hat sie doch genügt, um eine

#### Einigung in den wesentlichsten Punkten

zu erzielen.

Über die Notwendigkeit einer allgemeinen Regelung, um den Young-Plan in Kraft zu setzen und die politischen Konsequenzen aus der Reparationsregelung zu ziehen, die sich aus der Genfer Septembervereinbarung ergeben, bestanden keine Meinungsverschiedenheiten.

Die Frage des Zeitpunktes wurde ebenfalls erörtert. Briand hatte einen etwas späteren Termin vorgesehen, wohl aus innerpolitischen Gründen.

aber er ließ sich um so leichter bekehren, als nicht nur Stresemann, sondern auch Poincaré für einen möglichst baldigen Termin eintraten. Es ist demnach die zweite Julihälfte in Aussicht genommen.

In der Frage des Ortes der kommenden Konferenz einigte man sich ebenso leicht. Es gilt jetzt als ziemlich sicher, daß die Konferenz in einem Schweizer Ort stattfinden wird.

Formelle Beschlüsse konnten natürlich nicht gefaßt werden, da das Einverständnis Englands, Italiens und Belgiens noch auf diplomatischem Wege eingeholt ist. Alle Schwierigkeiten dürften nicht zu erwarten sein.

Die politische Tagesordnung der Konferenz ist nicht näher präzisiert worden.

Daß das Rheinland mit dem Inkrafttreten des Young-Planes geräumt werden wird, steht auch bei den Franzosen außer Zweifel.

Es fragt sich nur, inwieweit sie die Bedingungen der Räumung in einer Weise bestimmen wollen, die deutscherseits als befriedigend aufgefaßt werden kann. Die Frage der Feststellungs- und Vergleichskommission sowie das Saarproblem sind in der heutigen Unterredung nicht näher erörtert worden. Im großen ganzen zeigt man sich auf beiden Seiten mit dem Ergebnis der heutigen Aussprache befriedigt.

Dr. Stresemann hat abends die Rückreise nach Berlin angetreten.

#### Poincaré spricht neun Stunden.

Paris, 19. Juni. (Eigenbericht.)

Am Mittwochnachmittag begann Ministerpräsident Poincaré in der Kammer mit der Verlesung seiner mit Spannung erwarteten Rede über die internationalisierte Schuldfrage und die Ratifikation der betreffenden Abkommen.

Poincaré, der, wie schon öfters, auch diesmal durch möglichste Breite und Ausführlichkeit seiner Erklärungen zu überzeugen hofft, hat ein Manuskript ausgearbeitet, dessen Verlesung etwa neun Stunden in Anspruch nehmen wird, so daß mehrere Sitzungen erforderlich sind. Poincaré ist bereits im Besitz der Fragen, die seine Zuhörer an ihn zu stellen gedenken, so daß er sie gleich im voraus mit beantworten kann. Trotdem ist natürlich eine lebhaftere Diskussion vorauszusehen.

Im Laufe der Mittwochsitzung gab Poincaré einen historischen Ueberblick der französisch-amerikanischen Schuldverhandlungen vom Jahre 1917. Neben ihm werden Außenminister Briand und Finanzminister Chéron in längeren Ausführungen die Notwendigkeit der Ratifikation begründen.

## Arbeitslose und Parteien.

### Liberaler Reformeifer gegen die Arbeitslosen. — Die Erhebungen der Reichsanstalt.

Die demokratische Reichstagsfraktion hat einen Beschluß angenommen, in dem der Kabinettsbeschluß, die Reform der Arbeitslosenversicherung zu vertagen, bedauert wird. Sie verlangt „Abstellung der Mißstände und Regelung der Saisonarbeiterfürsorge noch vor dem Auseinandergehen des Reichstags“ und kündigt „entsprechende Anträge“ an.

Wenn der demokratische Fraktionsbeschluß prophezeit, daß sich die Lage der Arbeitslosenversicherung infolge der Vertagung verschlechtern wird, so ist das richtig. Die Verantwortung dafür trifft aber die Parteien, die die Beitragserhöhung abgelehnt und damit die rasche Verabschiedung eines wirklich wirksamen Sofortprogrammes verhindert haben.

Auch das „Berliner Tageblatt“ ist mit der Vertagung der Reform auf die Spätsommeression des Reichstags unzufrieden. Es macht dieser Unzufriedenheit in einer Aeußerung Luft, die ein bemerkenswertes Eingeständnis enthält:

Es ist sehr zweifelhaft, ob in der Eile, mit der dann prozediert werden muß, und angesichts des sich häufenden Konfliktstoffes die Sozialdemokratie die von ihr angestrebte, für die Arbeitslosen denkbar günstige Regelung durchsetzt.

In allen gewerblichen Kreisen hat der Beschluß des Reichskabinetts lebhafteste Enttäufung, ausgelöst. Das offensbare Bestreben der Sozialdemokraten, mit den Deutschnationalen zusammen gegen Kompensationen in der Arbeitslosenfrage den protektionistischen Wünschen der Deutschnationalen nachzugeben, hat lebhaft befreundet.

Daß die Sozialdemokratie bestrebt ist, die für die Arbeitslosen günstigste Lösung zu erreichen, trifft zu. Das ist ja auch die günstigste Lösung für die Gesamtarbeiterschaft, da erstens jeder Arbeiter von der Arbeitslosigkeit bedroht ist, die Unterstützung also für jeden zur Schicksalsfrage werden kann und da zweitens jeder Abbau der Leistungen eine Erschwerung im Kampf um erträgliche Arbeitsbedingungen bedeutet. Zum Unterschied von der Sozialdemokratie wollen andere Parteien diese günstige Lösung nicht; denn sie vertreten nicht die Arbeiter, sondern jene Schichten, die das „Berliner Tageblatt“ etwas schamhaft „die gewerblichen Kreise“ nennt, nämlich die Unternehmer.

Das tritt in dem Verhalten der Volkspartei besonders kraß in Erscheinung. Nachdem der Plan, die Saisonarbeiter völlig schutzlos zu machen, mißlungen ist, kommt sie jetzt mit neuen Anträgen. Unter dem Vorwande, daß die Kontrolle des Beschäftigungsverhältnisses unmöglich ist, sollen die Heimarbeiter aus der Versicherung herausgenommen werden. Man will also das Elend der Heimarbeiter vergrößern. Auch die Arbeitnehmer mit einem Verdienst bis zu 10 Mark wöchentlich, alle jugendlichen Arbeitnehmer unter 18 Jahre und alle Erwerbsbeschränkten bis zu 50 Proz. sollen schutzlos gemacht werden. Natürlich denkt man auch nicht daran, die Grenze der Invalidität entsprechend zu ziehen, obwohl das doch dann die notwendige Schlussfolgerung wäre. Nicht genug damit, soll auf dem Umwege, daß der Arbeitslose von der Familie unterhalten werden kann, die Bedürftigkeitsprüfung eingeführt werden.

Die Volkspartei hat gleichzeitig ein neues System zur Herabdrückung der Unterstützungssätze ausgeheckt. Alle Arbeitslosen, die vor Eintritt der Arbeitslosigkeit über 39 bis 51 Wochen gearbeitet haben, erhalten nur 75 Proz. der gegenwärtigen Unterstützungssätze, werden weniger wie 39 Wochen Arbeit nachgewiesen, gibt es nur 50 Proz. Unterstützung. Im letzteren Falle würde das für einen Verheirateten mit Frau und zwei Kindern in den mittleren Lohnklassen 5 und 6 einen wöchentlichen Unterstützungssatz von 7,43 M. bzw. 6,08 M. bedeuten.

Infolge dieser geplanten allgemeinen Herabdrückung der Unterstützungssätze ist nach Meinung der Volkspartei die Herausnahme der Saisonarbeiter nicht mehr nötig; für diese soll dann nur noch die Wartezeit auf 3 Wochen verlängert werden. Bei solchen fürstlichen Unterstützungssätzen braucht der Saisonarbeiter in den ersten 3 Wochen überhaupt nichts. Bei dieser Patentlösung soll auch die Verschlebung der Lasten auf die Wohlfahrtspflege vermieden sein. In Wahrheit ist bei diesem System die Belastung der Gemeinden noch größer, denn diese Unterstützungssätze bleiben weit unter den Richtsätzen der Wohlfahrtspflege, die Gemeinden würden also ganz allgemein ergänzend einspringen müssen.

Ein Verdienst wird man den Vorschlägen der Volkspartei nicht absprechen können: sie zeigen, wohin die Reise gehen soll. Woher die Mehrheit kommen soll, die sich diese Vorschläge zu eigen macht, bleibt freilich im Dunkeln. Tatsächlich bedeuten sie eine außerordentliche Erschwerung jeder im Rahmen der Vernunft und der Menschlichkeit bleibenden Reformarbeit. Sie zeigen zugleich, wie weit dieses Problem noch von der Reife ist und wie unmöglich das Verlangen der

## Es wird Schluß gemacht . . .

### Ein Aufruf und eine Antwort.

Der kommunistische Parteitag hatte am Schluß seiner Verhandlungen die Veröffentlichung eines Aufrufs an die deutsche Arbeiterschaft beschlossen. Dieses Dokument wurde am Dienstag auch im kommunistischen „Kämpfer“ in Chemnitz abgedruckt. Es heißt darin: „Arbeiter und Arbeiterinnen! Macht Schluß mit der Partei des Arbeiterverrats und des Arbeitermordes, mit der SPD!“

In der gleichen Nummer muß der „Kämpfer“ aber die Antwort mitteilen, die die Chemnitzer Arbeiter und Arbeiterinnen den Kommunisten auf die Verleumdung der Sozialdemokratischen Partei erteilt haben. Das Blatt berichtet nämlich in vorsichtiger Form, daß die „revolutionären Arbeiter“ bei den Elternbeiratswahlen am Sonntag die kommunistische Arbeit schmähtlich im Stich gelassen haben.

Während nämlich die sozialdemokratischen Listen im vorigen Jahre 6996 Stimmen und 126 Mandate erzielten, wurden diesmal für die Sozialdemokratie 7341 Stimmen abgegeben und 141 Mandate errungen. Leider hat dieser sozialdemokratische Gewinn nicht die großen Verluste ausgeglichen, die den weltlichen Listen durch das Vergehen der kommunistischen Partei zugefügt worden sind. Die Kommunisten erhielten nämlich nur 2287 Stimmen gegen 3561 im vorigen Jahre, sie haben also 1274 oder 36 Proz. ihrer Stimmen und damit 20 Mandate eingebüßt! Da die Sozialdemokratie nur 15 hinzugewonnen hat, ergibt sich für die weltlichen Listen ein Verlust von 5 Mandaten. Eine nähere Betrachtung der Wahlziffer an den einzelnen Schulen zeigt, daß den Nutzen aus den kommunistischen Mißerfolgen überall die christlichen Elternvereine davongetragen haben.

So hat auch die Chemnitzer Elternratswahl gezeigt, daß die kommunistische Partei nur noch eine Stütze der Reaktion ist, mit der so schnell wie möglich Schluß gemacht werden muß!

## Gerüchte um Hindenburg.

Am Laufe des Mittwochs kursierten in Berlin Gerüchte, daß Reichspräsident Hindenburg, der sich zurzeit in Ostpreußen befindet, das Opfer eines Unfalles geworden sei. Von anderer Seite wurde behauptet, er sei erkrankt.

Ämtlich wird demgegenüber festgestellt, daß der Reichspräsident sich der besten Gesundheit erfreut.

## Die Offenlegung der Steuerlisten.

### Sozialdemokratischer Antrag.

Nachdem die sozialdemokratische Reichstagsfraktion dem Reichstag einen Antrag zur Offenlegung der Steuerlisten vorgelegt hat, haben Zentrum, Demokraten und Bayerische Volkspartei eine Entschließung eingebracht, die eine Denkschrift über die Erfahrungen mit der Offenlegung der Steuerlisten in anderen Ländern fordert.

## Aus dem preußischen Staatsrat.

### Die Beratung über das Konkordat auf den 26. Juni festgesetzt

In einer Sitzung des Verfassungsausschusses des preußischen Staatsrats erklärte am Mittwoch Ministerpräsident Dr. Braun, es sei wünschenswert, daß der Staatsrat das Konkordat baldigst zur Beratung stelle. Kultusminister Dr. Bede r äußerte sich über den Inhalt des Konkordats. Die Fraktion der Arbeitsgemeinschaft forderte, daß der Staatsrat die Vorlage erst dann beraten solle, wenn man die Wünsche der evangelischen Kirchen kenne. Die Sozialdemokraten betonten, daß dem Wunsche einer großen Fraktion Rechnung getragen werden müsse. Darauf entschied man sich dahin, daß die Konkordatsvorlage nicht schon in diesem Sitzungsabschnitt, sondern erst am 28. Juni im Plenum des Staatsrats beraten werden soll. Am Tage zuvor wird der Verfassungsausschuh die Vorlage vordereiten.

### Flaggenverordnung angenommen.

Der Staatsrat beschäftigte sich mit dem Entwurf einer Verordnung des Staatsministeriums über das öffentliche Flaggen. Der Entwurf wurde mit 35 gegen 29 Stimmen bei Enthaltung der Kommunisten gegen die Stimmen der Arbeitsgemeinschaft angenommen.

## Unterhausbeginn Anfang Juli.

### Eine Thronrede wird abgeschafft.

London, 19. Juni. (Eigenbericht.)

Die Arbeiterregierung beabsichtigt eine parlamentarische Neuerung infolged einzuführen, als sie die sogenannte Herbstsession des Unterhauses mit der Anfang Juli beginnenden parlamentarischen Session zusammenlegen will. Die Regierung läßt sich hierbei von dem Gedanken leiten, den Verlust an parlamentarischen Arbeitstagen, der sich durch eine neue Thronrede im Herbst zu ergeben pflegt, auszusparen. Die Arbeiten des Unterhauses werden also Anfang Juli beginnen. Ende Juli wird das Parlament bis zum Herbst in Urlaub gehen, und im Oktober keine Arbeiten wieder aufnehmen.











Tabak galt den Indianern als heilig, sie behaupteten, ihn vom „Großen Geist“ erhalten zu haben, und bauten ihn schon lange vor der Entdeckung Amerikas fast im ganzen Kontinent an. Alle Feierlichkeiten und politischen Handlungen waren mit Tabakgenuss verbunden.

Wer Greiling Auslese kennt, wird Verständnis für eine derartige Auffassung haben. Allerdings ist diese Zigarette auch so überraschend mild und blumig-süß, so herrlich aromatisch und reif, daß man sie als Feinst-Zigarette in Konsum-Preisliste bezeichnen muß!



**GREILING**  
**AUSLESE 5/8**

Andere Greiling-Marken	
 Kolibri .....	8/8
Regatta .....	6/8
Servus .....	5/8
SchwarzWeiss .....	4/8





Die Berliner Gewerkschaften 1928

Aus dem Jahresbericht des Ortsausschusses des ADOB.

Wie der soeben veröffentlichte Geschäftsbericht des Ortsausschusses Berlin des ADOB für das Jahr 1928 zeigt...

rund 400 000 Mitglieder

zahlen dürften. Von der Mitgliederzunahme um insgesamt 12,5 Prozent entfallen auf die Arbeiter 32 011, auf die Arbeiterinnen 8 082 und auf die Jugendlichen 1866.

Das die Arbeiterbewegung trotz der beispiellosen Höhe der KPD. gegen die Gewerkschaften ergriffen wurde, ist der beste Beweis dafür, daß die Verbände der freien Gewerkschaften durch alle Quertreibereien politischer Wirrjöpie nicht lohnzuliegen ist und immer weitere Teile der unorganisierten Arbeiterschaft Vertrauen zu den Gewerkschaften setzen.

Die günstige Entwicklung in der Mitgliederbewegung wirkt sich natürlich auch auf die Finanzen der Berliner Gewerkschaften aus.

25 576 915 M.

Ausgegeben wurden im Berichtsjahre 21 325 791 M., also 4 251 124 M. oder 24,75 Proz. mehr als im Jahre 1927.

Die von den Kommunisten immer wieder aufgestellte Behauptung, die Gewerkschaften seien in der Frage der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterschaft untätig, wird am treffendsten widerlegt durch die in dem Jahresbericht des Ortsausschusses gemachten Angaben über die Lohnbewegungen und Streiks im Vorjahre.

vier Fünftel aller Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung beendet wurden, ist größtenteils auf die Stärke der Organisation zurückzuführen.

Von sämtlichen Lohnbewegungen waren nur 16 mit 2852 Beteiligten infolge mangelhafter Organisationsverhältnisse erfolglos.

Die Ausgaben für Lohnbewegungen betragen über 1,5 Millionen Mark.

weit mehr als das Doppelte der für den gleichen Zweck im Jahre 1927 verausgabten Gelder.

Der 160 Seiten umfassende Jahresbericht vermittelt weiter einen Einblick in die vielfältigen, von einem erheblichen Teil der Gewerkschaftsmitglieder wenig beachteten Aufgaben des Ortsausschusses, wie es zum Beispiel seine Arbeit bzw. Mitarbeit in den gesetzgebenden und sozialpolitischen Verwaltungskörperschaften der Wohnungswirtschaft...

Der Jahresbericht des Berliner Ortsausschusses wurde von seinem Vorsitzenden Genossen Bredow in der Plenarversammlung am Dienstag nach in einigen Punkten ergänzt und den Delegierten zur Kritik unterbreitet.

Auf Anregung des Genossen Drimann vom Verkehrsband faßte die Plenarversammlung einen einstimmigen Beschluß, in dem den Bestrebungen zur Verschlagung der Facharbeitsnachweise entgegengetreten und gefordert wird, daß die Facharbeitsnachweise in ihrer jetzigen Form erhalten bleiben.

Die Wiederwahl der beidseitigen Mitglieder des Vorstandes sowie die Wahl der Vertreter der Industriegruppen im Vorstand erfolgte einstimmig, mit Ausnahme der Vertreter der Industriegruppen Lebens- und Gemütmittelindustrie und der Lederindustrie...

Tarifabschluß im Glasergewerbe.

Erhöhung der Stundenlöhne um 9 Pfg.

Die Berliner Glaser hatten, wie im „Vorwärts“ bereits mitgeteilt wurde, vor kurzem einen Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses abgelehnt, wonach die Stundenlöhne ab 1. Juni bis 31. Mai 1930 von 1,55 M. auf 1,62 M. erhöht, der Manteltarif jedoch unverändert bis zum 31. Mai 1931 verlängert werden sollte.

Die Unternehmer hatten aber den Schlichter angerufen, um die Verbindlichkeitsklärung des unzulänglichen Schiedsspruches zu erwirken. Die Parteien einigten sich schließlich in den Verhandlungen vor dem Schlichter dahin, einen vom Schlichter gefällten Schiedsspruch als verbindend anzuerkennen.

„Damenforderungen“

Wie uns die Vorsitzende der deutschen Delegation im Weltbund für Frauenstimmrecht mitteilt, hat dieser Bund mit den von uns im Dienstagmorgenblatt gekennzeichneten Forderungen des sogenannten „Open door council“ auf Beseitigung der Arbeitereinstellungsgesetze nichts zu tun.

Um die Arbeitslosenversicherung.

Erklärung der christlichen Gewerkschaften.

Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften faßte folgende Entschlüsse:

Bei dem gegenwärtigen Kampf um die Reform der Arbeitslosenversicherung treten in stärkerer Maße Bestrebungen zutage, die auf eine Gefährdung der Grundlage der Arbeitslosenversicherung und auf eine ungerechte Benachteiligung der unerschuldet von Arbeitslosigkeit und Not Betroffenen hinauslaufen.

Die christlichen Gewerkschaften sind bereit, alle Bestrebungen auf Beseitigung von tatsächlichen Mängeln zu unterstützen, sie wenden sich aber nachdrücklich und entschieden gegen Anträge auf Verschlechterung der Versicherungsleistungen...

Internationale Unfallverhütung.

Wichtige Beschlüsse der Arbeitstreffen.

Die Arbeitstreffen befachte sich am Dienstagnachmittag mit dem Ergebnis der Beratungen der Unfallverhütungskommission. Die Kommission legte eine Empfehlung über die Einführung unfallverhütender Maßnahmen in allen Ländern vor...

Im Plenum der Arbeitstreffen nahm die Arbeitergruppe verschiedene Verbesserungsanträge, die in der Kommission abgelehnt worden waren, wieder auf.

Ein Arbeitgeberantrag, die Schiffsahrt auszuschließen, wurde abgelehnt. Ebenfalls abgelehnt wurde ein Versuch des Regierungsvertreters der Schweiz, der einen Teilenden Posten in privaten Unfallversicherungsgeellschaften bekleidet...

Cottler, Lapezierer und Vorkleber. Donat, Donnerstag, 19 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelstraße 24-25, Gesamtversammlung.

Freie Gewerkschaften Jugend Groß-Berlin

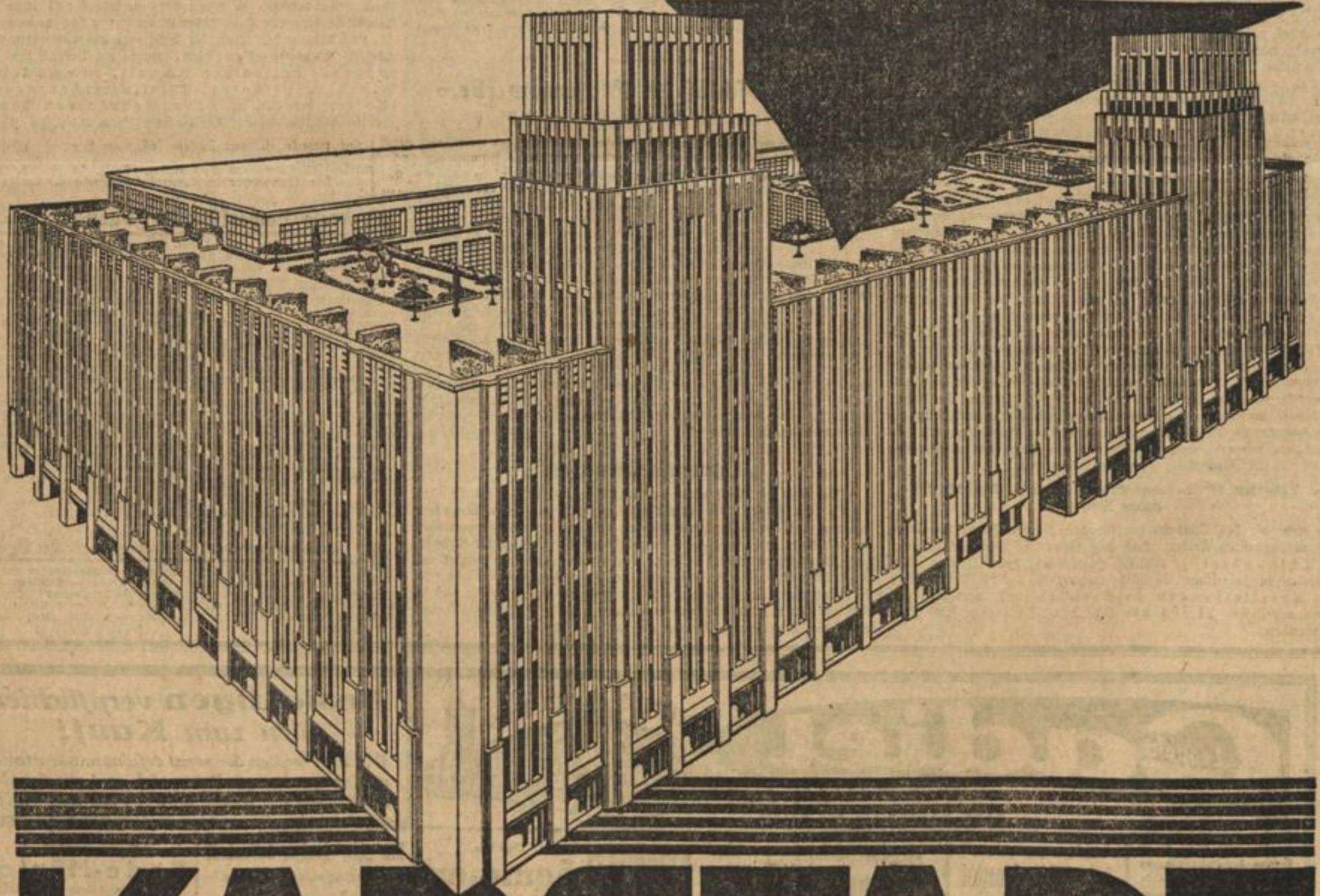
Sonnenwanderer der Freien Gewerkschaftsjugend am Sonnabend, 22. Juni, 21 Uhr, im Freilicht-Theater des Volksparks Jungfernheide. Mitwirkende: Alfred Reiter, „Der junge Chor“, Dirigent Heinz Thielen, Gesang- und Bewegungsgesang der FGG, Berlin (Gesangschorwerk „Erdling“ von Bruno Schönlank), Schüler der Volkshochschule für Musik...

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Anarkeisten

Donat, Donnerstag, finden folgende Veranstaltungen statt: Dienstag: Jugendheim Blauer Str. 18. Donnerstag: Jugendheim Weidenbrucher Str. (Kampffeldstraße in Treptow). Fortsetzung des Fortnachts „Das Seelenleben des Jugendlichen“.

Advertisement for Leopold Cadivel clothing store. Features various clothing items like jackets, mantles, and summer dresses with prices. Includes the slogan 'Besichtigen verpflichtet nicht zum Kauf!' and 'Wie aber wollen Sie sonst erfahren, wie mannigfaltig, wie qualitätsreich und wie fabelhaft billig die Waren unseres Hauses sind?'.

Hier trifft sich  
morgen ganz  
**BERLIN!**



**KARSTADT** AG  
HERMANNPLATZ



